



**Tagesordnung:**

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 02.10.2007
- 2 Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 25.10.2007:  
Ausschreibung einer reinen Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg
- 3 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2007:  
Erweiterung der Öffnungszeiten für den Wertstoffhof auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main
- 4 Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH (GKS):  
Bericht und Ausblick
- 5 Beitritt des Landkreises Miltenberg zur Energieagentur Unterfranken
- 6 Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 30.08.2007:  
Auflistung der derzeit laufenden und geplanten Maßnahmen des Landkreises Miltenberg zum (kommunalen) Klimaschutz
- 7 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2007:  
EMIL 38 - Energiewende im Landkreis Miltenberg: Einrichtung einer Stelle "Energieberatung" im Landratsamt Miltenberg (Zwischenbericht)

## Tagesordnungspunkt 1:

**Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 02.10.2007**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 02.10.2007 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

## Tagesordnungspunkt 2:

**Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 25.10.2007:  
Ausschreibung einer reinen Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg**

Dem Ausschuss wurde folgender Antrag der Fraktion Freie Wähler 25.10.2007 bekannt gegeben: „Die Freien Wähler beantragen, dass der Landkreis Miltenberg eine Ausschreibung für eine reine Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg durchführt, die aber privatwirtschaftlich geführt wird, wobei der künftige Betreiber das volle betriebswirtschaftliche Risiko trägt. Bei der Suche bzw. Bereitstellung der Deponiefläche ist der Landkreis behilflich bzw. wird selbst aktiv.“

Landrat Schwing erklärte, dass er diesen Antrag gar nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung hätte nehmen dürfen, weil der Kreistag am 08.10.2007 bei zwei Gegenstimmen den einstimmig gefassten Empfehlungsbeschlusses des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 02.10.2007 angenommen habe. Zwischenzeitlich hätten sich keine Argumente ergeben, die eine nochmalige Behandlung der Angelegenheit rechtfertigen. Weil aber in der Öffentlichkeit über die Errichtung einer Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg diskutiert werde, habe Regierungsamtmann Röcklein für zwei fiktive Standorte fiktive Kostenberechnungen durchgeführt. Das Ergebnis werde er heute bekannt geben.

Regierungsamtmann Röcklein wies darauf hin, dass das Ingenieurbüro IBU und die Verwaltung auf Antrag von Kreisrätin Münzel die Möglichkeit eines fiktiven Alternativstandortes für eine DK 0-Deponie geprüft und das Ergebnis dem Ausschuss für Natur- und Umweltschutz am 02.10.2007 vorgestellt haben. Danach seien je nach zugrunde liegendem Mengengerüst für eine zweite Deponie Mehrkosten zwischen 26 % und 51 % für alle Gebührenzahler zu erwarten.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass zu diesen Mehrkosten eine Verteuerung bei der Deponie Guggenberg komme, da diese eine geringere Auslastung haben werde. Diese Kosten seien deshalb sehr schwer zu berechnen, weil in Guggenberg die Synergieeffekte zwischen beiden Deponien und den zusätzlichen Einrichtungen Wertstoffhof und Kompostwerk vorhanden seien.

Bei Beauftragung eines privaten Deponiebetreibers würden Mehrkosten aufgrund der erforderlichen Sicherheitsleistung nach § 32 Krw-/AbfG und durch Versicherungskosten nach dem Umwelthaftpflichtgesetz und dem Umweltschadensgesetz entstehen. Einsparungen bei einem privaten Betreiber seien nicht vorstellbar.

Interessant sei, dass die Freien Wähler mit ihrem Antrag ganz offensichtlich von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen. Unter Zugrundelegung der vom Büro IBU errechneten Baukosten für einen DK 0-Deponie und den von der Verwaltung eingeholten Transportpreisen sei es für die Bürgerinnen und Bürger günstiger, ihren Erdaushub auf der zentralen DK 0-Deponie Guggenberg anzuliefern. Eine Ausnahme gelte allein für die Abfallerzeuger der Standortgemeinde dieser fiktiven Nord-Deponie.

Die Verwaltung habe dazu von zwei namhaften Firmen im Landkreises Miltenberg Preisangebote für Transporte zwischen Sulzbach a.Main – Mömlingen und Sulzbach a.Main – Guggenberg und zwischen Mömlingen – Leidersbach und Mömlingen – Guggenberg eingeholt. Bei allen Varianten würde eine zusätzliche Deponie die Entsorgung von Erdaushub für die Bürgerinnen und Bürger verteuern. Außerdem werde darauf hingewiesen, dass die Freien Wähler in der Kreistagssitzung am 08.10.2007 dem beschlossenen Konzept mehrheitlich zugestimmt haben.

Aus all diesen Gründen werde dem Ausschuss vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag der Fraktion Freie Wähler abzulehnen.

Kreisrat Dr. Fahn stellte grundsätzlich fest, dass die Bürger im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg dadurch benachteiligt seien, dass der Landkreis Miltenberg künftig nur noch in Guggenberg eine Erdaushubdeponie unterhalte. Sie müssen, sofern sie keine Möglichkeit hätten, auf einer gemeindeeigenen Deponie (wie z.B. in Sulzbach a.Main) anliefern zu können, ihren Erdaushub durch den gesamten Landkreis transportieren. Dies sei teuer und belastete die Umwelt in erheblichem Maße.

Im Vorfeld der Kreistagssitzung am 08.10.2007 sei von mehreren Bürgermeistern (u.a. Schüßler, Hausen, Reinhard, Niedernberg, und Sauer, Leidersbach) gefordert worden, auch

den Bürgern im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg eine kostengünstige Alternative zur Deponierung von reinem Erdaushub zu bieten. Auch die Kreisräte Ritter und Trützler hätten dies gefordert. Landrat Roland Schwing habe eine solche Alternative aber immer wieder mit dem Hinweis auf Mehrkosten abgelehnt. Er verkenne dabei jedoch, dass diese Kosten nur dann anfallen, wenn der Landkreis Miltenberg selbst als Errichter und Betreiber einer solchen Deponie auftreten würde.

Warum überlasse man eine solche Möglichkeit aber nicht der privaten Wirtschaft? Was würde dagegen sprechen, wenn im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg ein Unternehmer eine Kiesgrube, die er ohnehin mit gewissen Auflagen abschließen müsse, mit unbelastetem reinem Erdaushub verfüllen würde? Natürlich müsste dieser Unternehmer sich an die gesetzlichen Vorgaben halten und entsprechende Sicherheiten leisten bzw. Kontrollen zulassen. Und wenn es Firmen gegeben habe, die gegen gewisse Vorschriften verstoßen haben und jetzt in Konkurs gegangen seien, dürfe dies heute nicht als „Totschlagargument“ herangezogen werden, jegliche privatwirtschaftliche Initiative für die Zukunft abzulehnen. Für die Freien Wähler sei es kein Widerspruch, in der letzten Kreistagssitzung einer Erweiterung der Deponie in Guggenberg zugestimmt zu haben und jetzt diesen neuen Antrag zu stellen.

Durch die Annahme des Antrages würde sich der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nichts vergeben. Im Gegenteil: Man würde zusätzliche Informationen darüber erhalten, ob es eine kostengünstige und umweltfreundliche Ergänzung zum bisherigen Entsorgungskonzept des Landkreises Miltenberg gebe. Es könne nicht nur von Klimaschutz gesprochen, es müsse auch gehandelt werden.

Landrat Schwing bemerkte, dass der Antrag der Fraktion Freie Wähler nicht neu sei. Es sei alles schon einmal diskutiert worden und die Abstimmung im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz sowie im Kreistag sei eindeutig ausgefallen. Er bitte daher, die Diskussion nicht noch einmal zu führen. Es sei nicht bekannt, woher die in Bezug auf Leidersbach genannten Zahlen stammen. Die von der Verwaltung ermittelten Zahlen seien durch Anfragen bei Privatfirmen belegt.

Kreisrat Reinhard wies darauf hin, dass sich auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main zusätzlich zur Deponie Guggenberg eine Kleinlösung für Erdaushub ergeben habe. Schließlich gehe es nach wie vor darum, Erdaushub zu verwerten. Des Weiteren sei es fraglich, ob von einer Stadt bzw. Gemeinde im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg ein Standort für eine Erdaushubdeponie angeboten werde. Nach Meinung von Kreisrat Reinhard sei der heute vorliegende Antrag der Fraktion Freie Wähler bereits erledigt.

Kreisrätin Münzel erinnerte daran, dass sie sich in der Ausschusssitzung am 18.07.2007 auf der Deponie Guggenberg auch für die Errichtung einer zweiten Erdaushubdeponie im nördlichen Landkreisteil ausgesprochen habe. Kreisrat Dr. Fahn habe neben ihr gesessen, aber kein Wort zur Unterstützung gesagt. Letztendlich sei auf ihren Antrag hin eine Kostenschätzung für einen weiteren DK 0-Deponiestandort erarbeitet worden. Weil die Kosten dafür zu hoch wären, sei entschieden worden, dass auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main künftig größere Mengen Erdaushub angenommen werden, als geplant. Weil Politik auch aus Kompromissen bestehe, stehe sie dazu, dass sie im Kreistag am 08.10.2007 dem Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz zugestimmt habe. Sie sehe ein, dass, würde eine Privatfirma beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Gebühren belastet werden müssten.

Kreisrat Dotzel bezeichnete den vorliegenden Antrag der Fraktion Freie Wähler als „Schaufensterantrag“. Welche Kommune im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg würde denn einen Standort für eine reine Erdaushubdeponie anbieten? Würde doch ein Standort gefunden, würde nur wieder über Verkehrsbelastung und Risiken geklagt werden. Und ein privater Betreiber würde nur einsteigen, wenn er Gewinne erarbeiten könnte. Fakt sei, dass der

Landkreis Miltenberg bereits ein gutes Konzept habe. Der vorliegende Antrag sollte daher abgelehnt werden.

Kreisrat Fischer vertrat die Meinung, dass, wenn z.B. in Leidersbach Erdaushub anfallt, dieser auch dort deponiert werden sollte. Wenn ein privater Betreiber gefunden werde, sollte ihm die Möglichkeit dazu geboten werden.

Regierungsamtmann Röcklein teilte daraufhin mit, dass der Vorschlag eine Kies- oder Sandgrube als Erdaushubdeponie zu nutzen, äußerst bedenklich sei und daher sofort gestrichen werden müsse. Des Weiteren sei es rechtlich unzulässig, zur Kostenermittlung eine Ausschreibung durchzuführen.

Kreisrat Kern widersprach der Aussage von Kreisrat Dotzel, dass der Antrag der Fraktion Freie Wähler ein „Schaufensterantrag“ sei. Es handele sich hier vielmehr um ein Thema, das die Bevölkerung im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg bewege. Allerdings sehe er auch ein, dass zuerst die Kommunen in der Pflicht seien, einen Standort anzubieten. Dazu werde vermutlich keine Kommune bereit sein.

Landrat Schwing betonte, dass die von der Verwaltung ermittelten Zahlen durch Anfragen belegt seien. Selbst wenn eine Kommune im nördlichen Landkreisteil einen Standort anbieten würde, müssten alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Miltenberg mit höheren Gebühren belastet werden.

Kreisrat Dr. Fahn verteidigte den vorliegenden Antrag der Freien Wähler, weil die Fraktion sehr genau über eine zweite Deponie für Erdaushub nachgedacht habe. Wenn der Antrag als „Schaufensterantrag“ bezeichnet werde, könnte auch von „Schaufensterantworten“ gesprochen werden. Die Argumente der Verwaltung halte er nicht für belegt. Warum gebe es in Sulzbach a.Main die Möglichkeit mit der Fa. Schuck GmbH? Der Antrag werde daher aufrechterhalten, er hätte allerdings schon in der Juli-Sitzung gestellt werden sollen.

In der daraufhin erfolgten Abstimmung lehnte der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz den Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 25.10.2007 auf Ausschreibung einer reinen Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg bei zwei Gegenstimmen ab.

Tagesordnungspunkt 3:

**Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2007:**

**Erweiterung der Öffnungszeiten für den Wertstoffhof auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main**

Regierungsamtmann Röcklein erinnerte daran, dass der in der Ausschusssitzung am 18.07.2007 zu Protokoll gegebene Antrag der SPD-Fraktion die Verlängerung der Öffnungszeiten auf dem Wertstoffhof Erlenbach a.Main donnerstags bis 18:00 Uhr und samstags bis 14:00 Uhr beinhalte.

Seitens der Verwaltung werde darauf hingewiesen, dass der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz in dieser Sitzung eine Reihe von Maßnahmen beschlossen habe, die den Betrieb auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main optimieren und beschleunigen sollen. Die Verwaltung setze diese Maßnahmen z.Z. um. Die Maßnahme „Abbiegespur“ könne allerdings aufgrund haushaltsrechtlicher Bestimmungen erst im Jahr 2008 umgesetzt werden.

Die Verwaltung schlage vor, zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Maßnahmen zu beschließen, sondern erst die Umsetzung der am 18.07.2007 beschlossenen Maßnahmen und deren Auswirkungen abzuwarten und zu beurteilen.

Der Personaleinsatz bei verlängerten Öffnungszeiten werde kritisch beurteilt. Außerdem werde darauf hingewiesen, dass eine Verlängerung der Öffnungszeiten in den Abendstunden zumindest im Winterhalbjahr auf Probleme stoßen würde, da der Wertstoffhof Erlenbach a.Main aus Kostengründen nicht mit einer Beleuchtung ausgestattet sei. Voraussichtlich im Laufe des Jahres 2008 werde die Beschäftigungsgesellschaft des Landkreises Miltenberg den Betrieb aufnehmen. Die Verwaltung werde dann prüfen, ob mit deren Unterstützung erweiterte Öffnungszeiten eingeführt werden können.

Die Verwaltung schlage daher vor, die Entscheidung über den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion bis Ende 2008 zurückzustellen.

Kreisrat Kern erklärte, dass die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung auf Zurückstellung der Entscheidung über den SPD-Antrag bis Dezember 2008 auf keinen Fall zustimmen können. Beim vorliegenden Antrag handele es sich um einen bescheidenen Antrag, der auch Arbeitnehmern die Möglichkeit bieten soll, ihre Wertstoffe abzuliefern. Leider werde diese sinnvolle Maßnahme von der Verwaltung mit fadenscheinigen Begründungen (Mehrkosten für Personal und Investitionen) verschoben. Der vorliegende SPD-Antrag habe jedoch mit erhöhten Personalkosten nichts zu tun. Auch die Begründung, der Wertstoffhof Erlenbach a.Main sei aus Kostengründen nicht mit einer Beleuchtung ausgestattet, sei ein fadenscheiniges Argument. Die SPD-Ausschussmitglieder wären notfalls bereit, verlängerten Öffnungszeiten an Donnerstagen nur während der Sommermonate zuzustimmen. Er (Kreisrat Kern) traue der Verwaltung wegen ihrer Hinhaltetaktik nicht mehr. Ihr Verhalten zeige, wie mit Anträgen der SPD-Fraktion umgegangen werde. Dieses Verhalten sei arbeitnehmerunfreundlich. Hätte die CSU-Fraktion einen derartigen Antrag eingebracht, wäre diesem längst entsprochen worden.

Landrat Schwing sagte, die Aufregung von Kreisrat Kern sei völlig deplaziert. Die Verwaltung wolle den vorliegenden Antrag nicht aus fadenscheinigen Gründen verschieben. Er bitte zu bedenken, dass im Landkreis Miltenberg ein Abfallbeseitigungskonzept bestehe, das sich sehen lassen könne und auch Arbeitnehmern entgegen komme. Mit den Stimmen der SPD-Fraktion habe der Kreistag seinerzeit das Holsystem beschlossen, welches für die Bürgerinnen und Bürger komfortabel sei. In diesem System komme ein Wertstoffhof überhaupt nicht vor, weil er gar nicht gebraucht werde. Der Wertstoffhof auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main sei überhaupt nur errichtet worden, weil die dort vorhandenen Synergieeffekte genutzt werden können. Zwischenzeitlich seien vBürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit, ihren gelben Sack bis zur nächsten Abfuhr stehen zulassen und bringen ihn zum Wertstoffhof. Gemeinsam mit den SPD-Ausschussmitgliedern sei daraufhin für den Wertstoffhof auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main ein Verbesserungskonzept entwickelt worden, welches noch nicht vollständig umgesetzt sei. Die Verwaltung schlage daher vor, abzuwarten, wie die beschlossenen Maßnahmen greifen, um nicht sofort Personal aufstocken zu müssen.

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte, er könne die Aufregung von Kreisrat Kern nachvollziehen. Über verlängerte Öffnungszeiten auf dem Wertstoffhof der Müllumladestation Erlenbach a.Main sei schließlich schon mehrmals diskutiert worden. Seiner Meinung nach könnte das, was die SPD-Ausschussmitglieder beantragt hätten, ohne weiteres umgesetzt werden.

Kreisrat Fischer äußerte, dass Aufregung nicht lohne und fragte, ob die Möglichkeit bestehe, dass zwei oder drei Mitarbeiter der Müllumladestation Erlenbach a.Main an einem Tag in der Woche jeweils eine Stunde länger arbeiten, damit auch Arbeitnehmer die Gelegenheit hätten, Wertstoffe abzuliefern. Mit dieser Lösung wäre allen geholfen.

Regierungsamtmann Röcklein teilte dazu mit, dass diese Idee auch schon geprüft worden sei. Das Problem seien die Fachkräfte, weil hier ein Engpass bestehe. Ein späterer Dienstbeginn sei leider auch nicht möglich, weil die ersten Müllfahrzeuge täglich um 8.00 Uhr auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main eintreffen.

Landrat Schwing bat zu bedenken, dass, wenn zusätzliches Fachpersonal eingestellt würde, die Abfallgebühren erhöht werden müssten. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich dann die Kollegen, die jetzt verlängerte Öffnungszeiten fordern, verhalten würden.

Kreisrat Dotzel schlug folgende Modifizierung des vorliegenden SPD-Antrages vor: Zurückstellung der Entscheidung, bis alle bereits beschlossenen Verbesserungsmaßnahmen realisiert seien und vielleicht probeweise den Wertstoffhof an Samstagen zwei Stunden länger als bisher offen zu halten.

Kreisrätin Münzel vertrat die Meinung, dass die beschlossenen baulichen Maßnahmen die Situation auf dem Wertstoffhof Erlenbach a.Main verbessern werden, aber trotzdem verlängerte Öffnungszeiten beschlossen werden sollten. Sie halte es ebenfalls für möglich, die Öffnungszeit an Samstagen zu verlängern. Was das von der Verwaltung vorgebrachte Argument „Beleuchtung“ betreffe, bitte sie zu bedenken, dass es im Bereich der Müllumladestation Erlenbach a.Main nicht vollkommen dunkel sei, weil es dort eine Straßenbeleuchtung gebe.

Auf Befragen von Kreisrätin Münzel nach der Fachkräfte-Situation, teilte Regierungsamtmann Röcklein mit, dass auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main zwei Fachkräfte tätig seien, von denen eine Kraft zur Kontrolle der Altdeponien und zur Betreuung der Deponie Guggenberg ständig unterwegs sei. Die neu eingestellte Fachkraft müsse erst noch einen Lehrgang absolvieren. Außerdem hätten die Fachkräfte eine Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden und Bereitschaftsdienst zu leisten, so dass es nicht einfach wäre, mit dem vorhandenen Personal verlängerte Öffnungszeiten anzubieten.

Landrat Schwing schlug sodann folgenden Kompromiss vor: Auf dem Wertstoffhof der Müllumladestation Erlenbach a.Main werde ab 01.05.2008 die Öffnungszeit an Samstagen probeweise um zwei Stunden verlängert. Voraussetzung dafür sei, dass dafür eine Teilzeitkraft gefunden werde.

Durch den Ausschuss für Natur- und Umweltschutz wurde daraufhin einstimmig folgender

## **B e s c h l u s s**

gefasst:

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2007 wird insofern Rechnung getragen, dass ab 01.05.2008 probeweise die Öffnungszeit für den Wertstoffhof auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main an Samstagen um zwei Stunden (bis 14.00 Uhr) verlängert wird. Voraussetzung dafür ist, dass dafür eine Teilzeitkraft gefunden wird. Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2008 darüber zu berichten, wie die verlängerte Öffnungszeit angenommen wird und welche zusätzlichen Kosten entstanden sind.

Tagesordnungspunkt 4:

**Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH (GKS):**

**Bericht und Ausblick** (Anlage dieser Niederschrift und im Kreistagsinformationssystem (KIS) eingestellt)

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Warnecke und Herrn Walter vom Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH (GKS) und teilte mit, dass in der letzte Woche stattgefundenen Gesellschafterversammlung erfreuliche Zahlen bekannt gegeben worden seien. GKS sei eine Erfolgsgeschichte bis zum heutigen Tag, was auch der Führung des Werkes und seinen Mitarbeitern zu verdanken sei.

Nach der Berichterstattung durch Herrn Dr. Warnecke mittels Powerpoint bemerkte Landrat Schwing, dass sich GKS, wie im Bericht und im Ausblick dargestellt, auf allen Gebieten stetig weiter entwickelt habe. Besonders erfreulich sei, dass in jeder Gesellschafterversammlung der Punkt „GKS der Zukunft“ behandelt werde.

Unter Hinweis auf den seit Jahren geforderten Transport des Mülls zu GKS per Bahn wies Kreisrätin Münzel darauf hin, dass die WestFrankenBahn bezüglich des Güterverkehrs sehr aufgeschlossen sei. Sie könne sich vorstellen, dass sich auf die nächste Ausschreibung hin eine Möglichkeit ergebe. Leider seien auf dem Betriebsgelände von GKS keine Schienen vorhanden. Wenn der Bahntransport beschlossen würde, müsse bei GKS hinsichtlich Infrastruktur etwas geschehen. Sie fragte daher, ob Landrat Schwing, Regierungsamtmann Röcklein und Vertreter von GKS schon darüber gesprochen hätten, wie man sich für die Möglichkeit des Bahntransportes rüsten könne.

Landrat Schwing antwortete darauf, dass darüber schon mehrmals diskutiert worden sei. Es sei bekannt, dass auf dem GKS-Gelände nie Schienen verlegt gewesen seien und im Falle des Bahntransportes der nächstgelegene Bahnhof angefahren werden müsste. Gespräche über den Bahntransport seien mit Vertretern von GKS noch nicht geführt worden. Die Landkreisverwaltung habe bisher in jeder Ausschreibung die Option Bahntransport mit ausgeschrieben, jedoch nie ein Angebot erhalten. Es wäre daher nicht sinnvoll, ohne ein konkretes Angebot Gespräche zu führen. Die nächste Ausschreibung werde wieder so rechtzeitig erfolgen, dass, sollte für den Bahntransport ein Angebot eingehen, genügend Vorlaufzeit für die Umstellung bestehe.

Kreisrat Kern bezeichnete den Bericht mit Ausblick als sehr informativ und wies darauf hin, dass sich die SPD-Fraktion jährlich einmal vor Ort über die Situation informieren lasse. Im Rahmen von „GKS der Zukunft“ sollte nach Meinung von Kreisrat Kern auch über den Bahntransport nachgedacht werden, zumal die im Landkreis Miltenberg anfallende Restmüllmenge in den letzten fünf bis sechs Jahren um 6 % angestiegen sei. Weiter sprach Kreisrat Kern die in Tauberbischofsheim für 25 Mio. € geplante Errichtung eines Müllheizkraftwerkes an. Dieses Werk soll über die doppelte Kapazität von GKS verfügen. Werde das bei GKS berücksichtigt?

Herr Dr. Warnecke teilte mit, dass die Planungen für ein Müllheizkraftwerk in Tauberbischofsheim nicht mehr bestehen. Es gebe lediglich einige Planungen für Ersatzbrennstoffanlagen. Diese hätten hohe Anforderungen an Brennstoffe und verursachen hohe Kosten. GKS sei so konkurrenzfähig, dass es keinen Wettbewerb befürchten müsse. Außerdem habe GKS langfristige Verträge.

Kreisrat Dotzel stellte namens der CSU-Fraktion fest, dass GKS eine gute und gut finanzierte Anlage sei. Dafür gebühre der Werksführung sowie den Mitarbeitern Lob und Dank. Für die

Bürger im Landkreis Miltenberg sei es besonders erfreulich, dass im Jahr 2008 nur 107,00 €/t zu zahlen sein werden. Weiter bat Kreisrat Dotzel um Auskunft, ob es notwendig sei, Investitionsmittel zurückzustellen.

Herr Dr. Warnecke teilte mit, dass das Thema Rückstellungen sehr wichtig sei um im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Verlängerung der Verträge besprochen werde. Die Preise sollen aber daraufhin nicht erhöht werden.

Kreisrat Dr. Fahn erinnerte daran, dass der Kreistag bereits vor 14 Jahren einen Beschluss bezüglich des Bahntransports gefasst habe. Im Hinblick auf den Klimaschutz werde der Kreistag der kommenden Wahlperiode dazu die Initiative ergreifen müssen. Es stimme, dass GKS eine Erfolgsstory sei, aber es sollte alle nachdenklich stimmen, dass die Müllmengen steigen. Auf Müllvermeidung und Mengensenkung zu achten, wären wesentlich sinnvoller.

Landrat Schwing sagte dazu, dass der nächste Kreistag keine Initiative starten müsse, weil der Bahntransport schon bisher immer ausgeschrieben worden sei. Solange jedoch kein Angebot dafür eingehe, könne keine Änderung erfolgen. Die Landkreisverwaltung habe wegen des Bahntransports bereits Kontakt mit der WestFrankenBahn aufgenommen und warte bei der nächsten Ausschreibung auf ein Angebot.

Auf Befragen von Kreisrat Schumacher nach den bei GKS bestehenden Korrosionsproblemen teilte Herr Dr. Warnecke mit, dass im Verlauf dieser Woche Messungen durchgeführt worden seien. Sobald die Messergebnisse vorliegen, werde überlegt, wie reagiert werden könne. Die Bürger bräuchten daraufhin aber nicht mit höheren Kosten zu rechnen.

Tagesordnungspunkt 5:

#### **Beitritt des Landkreises Miltenberg zur Energieagentur Unterfranken**

Landrat Schwing teilte mit, dass dieser Tagesordnungspunkt wegen Erkrankung von Regierungsrat Hoffmann und Terminabsage des Vertreters der Energieagentur Unterfranken entfallen müsse.

Tagesordnungspunkt 6:

#### **Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 30.08.2007: Auflistung der derzeit laufenden und geplanten Maßnahmen des Landkreises Miltenberg zum (kommunalen) Klimaschutz**

Landrat Schwing teilte mit, dass dieser Tagesordnungspunkt wegen Erkrankung von Regierungsrat Hoffmann entfallen müsse.

Weiter gab Landrat Schwing bekannt, dass auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der ökologische Sanierung der Landkreisschulen in der Bauausschusssitzung am 06.12.2007 von Kreisbaumeisterin Schulz aufgelistet worden sei, welche Maßnahmen des Landkreises Miltenberg zum Klimaschutz (wie von der Fraktion Freie Wähler beantragt) in den letzten Jahren durchgeführt worden seien, welche Maßnahmen derzeit laufen und welche Maßnahmen geplant seien. Die diesbezügliche Sitzungsvorlage werde im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt.

Tagesordnungspunkt 7:

**Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2007:**

**EMIL 38 - Energiewende im Landkreis Miltenberg: Einrichtung einer Stelle "Energieberatung" im Landratsamt Miltenberg (Zwischenbericht)**

Landrat Schwing teilte mit, dass dieser Tagesordnungspunkt wegen Erkrankung von Regierungsrat Hoffmann entfallen müsse.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Mottl**  
Protokollführerin